

# Bauen an nachhaltigem Altersvorsorgesystem

## Ökonomen votieren für die Reform des Schweizer Modells

Eine im Sustainability Forum Zürich organisierte Gruppe von Ökonomen konstatiert mit Blick auf die demographischen Herausforderungen akuten Reformbedarf bei der schweizerischen Altersvorsorge. Wichtige Forderungen sind die Entschlackung des AHV-Gesetzes und des BVG sowie eine existenzsichernde Einheitsrente.

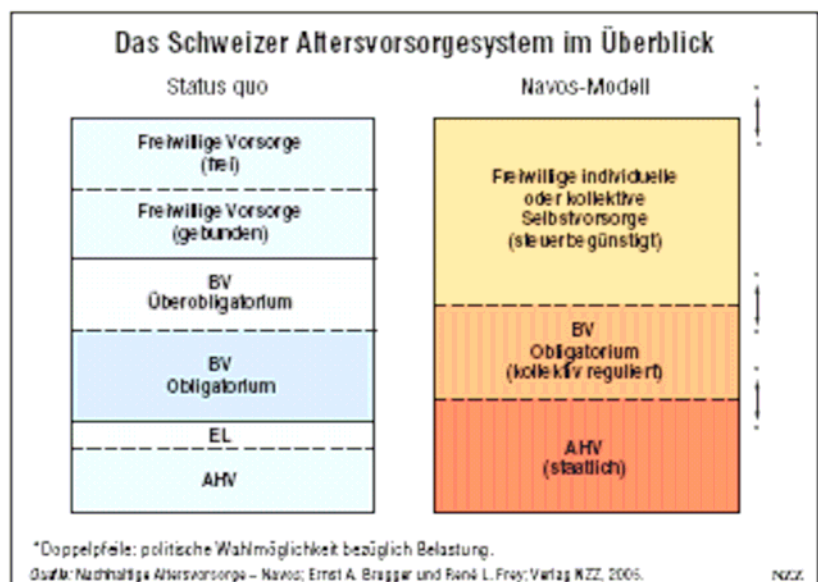
nz. Bern, 11. Nov.

Ein gutes Jahr nachdem der Souverän die 11. AHV-Revision verworfen hat, kommt wieder Bewegung in die sozialpolitische Debatte, was wegen der ungebremsten Alterung der Gesellschaft wie auch der sinkenden Geburtenraten lieber früher als später geschehen sollte. Die AHV ist bei den Jugendlichen nicht mehr populär, was nachdenklich stimmt. Sozialminister Pascal Couchepin zielt mit dem Zerlegen der AHV-Reformvorschläge in Einzelschritte auf das politisch Mach-

bare. Auf Initiative des Sustainability Forum Zürich, das sich mit der Nachhaltigkeit von Systemen beschäftigt, ist nun zu einem günstigen Zeitpunkt ein Konzept zur Altersvorsorge präsentiert worden. Ernst Brugger vom Sustainability Forum sagte einleitend, es gehe nicht um einen revolutionären Ansatz; die in der Bundesverfassung fixierten Hauptziele der Altersvorsorge würden zum Ausgangspunkt genommen. Während die AHV-Rente für eine gesicherte Existenz sorgen soll, werde mit den Renten aus der zweiten Säule die Sicherstellung einer angemessenen Lebenshaltung und mit der dritten Säule die Förderung der Selbstvorsorge angestrebt. Der konventionelle Reformansatz erklärt sich teilweise damit, dass die Ökonomen ihre Skizzen nicht im Elfenbeinturm entworfen, sondern ihre Modellvorstellungen in Gesprächen mit Politikern verschiedenster Couleur testeten.

### Kein Versteckspiel mit der AHV

Ausgehend von der Feststellung, dass die AHV vielfach die Existenz trotz Verfassungsauftrag nicht mehr sichert, wird die Einführung einer Einheitsrente von 24 000 Fr. bis maximal 30 000 Fr. vorgeschlagen, die durch eine Ehepaarrente von 40% noch ergänzt würde. Dies würde einen erheblichen Kostenschub zur Folge haben, der laut Brugger ceteris paribus über 2% Mehrwertsteuerprozenten bzw. grob gerechnet 6 Mrd. Fr. entsprechen würde. Um die AHV im Gegenzug zu entlasten, werden die Abkoppelung und separate Sanierung der Invaliditätsversicherung, das Abtrennen der Pflegeleistungen – zurzeit entfallen darauf rund zwei Drittel der Ergänzungsleistungen (EL) – sowie die Integration des altersbezogenen EL-Teils in die AHV empfohlen. Massive Einsparungen würde die Aufhebung des Misch-



indexes bringen, der die Rentner über den Teuerungsausgleich hinaus an Produktivitätsgewinnen partizipieren lässt. Keine Zweifel wurden daran gelassen, dass eine nachhaltige Sicherung der Altersvorsorge nach einer markant höheren Lebensarbeitszeit ruft.

### Wider eine statische Säulenbetrachtung

Originell erscheint der Ansatz, die Durchlässigkeit zwischen den drei Säulen zu erhöhen, wobei dies beim überobligatorischen BVG-Sparen und bei der individuellen Vorsorge am relevantesten ist (vgl. Grafik). Das Obligatorium soll bis zu einer bestimmten Limite – genannt wurde der Betrag von 90 000 Fr. – gelten, was als Chance genutzt werden sollte, um das komplizierte BVG-Regelwerk durch ein einfaches Rahmengesetz zu ersetzen. Kollektive Sparformen wären innerhalb der steuerbegünstigten Selbstvorsorge (dritte Säule) ebenso möglich wie individuelle Lösungen. Zweifellos gäbe es in der Praxis viele Probleme zu bewältigen, etwa die Frage, wie Gelder laut Freizügigkeitsgesetz beim Stellenwechsel abgezogen werden können. Jedenfalls sollte die Osmose der drei Systeme der Förderung des Wettbewerbs zugute kommen. Effizienzgewinne sind ohne Wahlfreiheit und Konkurrenz unter Anbietern von Vorsorgelösungen nicht vorstellbar.

Sowohl Walter Ackermann (Institut für Versicherungswirtschaft St. Gallen) als auch Heinz Zimmermann (Universität Basel) ermunterten dazu, interessen-, partei- und fachübergreifende Dialoge mit dem Ziel des sozialen Friedens zu führen. Es wurde mit Nachdruck daran erinnert, dass mehr Wachstum und der Produktionsfaktor Arbeit erst die Basis dazu bilden, Renten nachhaltig sichern zu können.